



Während die Ozeane unter zunehmendem Druck durch Klimawandel, Überfischung und Plastikverschmutzung stehen, versucht Frankreich seine Rolle als maritime Grossmacht neu zu definieren. Anlässlich der dritten UN-Ozeankonferenz (UNOC) in Nizza vor ziemlich genau einem Jahr hatte die französische Regierung eine Reihe weitreichender Massnahmen angekündigt, die den Schutz mariner Ökosysteme deutlich ausbauen sollen. Im Zentrum stehen die Schaffung der weltweit grössten Meeresschutzzone in Französisch-Polynesien sowie neue Initiativen gegen die Plastikverschmutzung im Mittelmeerraum.

Die Ankündigungen waren nicht nur umweltpolitisch bedeutsam. Sie haben auch eine geopolitische Dimension: Frankreich verfügt über die zweitgrösste ausschliessliche Wirtschaftszone der Welt und sieht sich zunehmend als führender Akteur einer internationalen Meerespolitik, die Biodiversität und wirtschaftliche Nutzung in Einklang bringen soll.

Die grösste Meeresschutzzone der Welt

Den spektakulärsten Schritt stellt die Ausweitung des Meeresschutzes in Französisch-Polynesien dar. Künftig sollen dort rund 4,8 Millionen Quadratkilometer Meeresfläche unter Schutz stehen. Damit umfasst das Schutzgebiet nahezu die gesamte ausschliessliche Wirtschaftszone des pazifischen Überseegebiets.

Besonders bemerkenswert ist der Umfang der sogenannten streng geschützten Bereiche. Auf rund 900.000 Quadratkilometern werden menschliche Eingriffe künftig stark eingeschränkt oder vollständig untersagt. Ziel ist es, empfindliche Lebensräume vor den Folgen industrieller Nutzung zu bewahren und bedrohten Arten Rückzugsräume zu sichern.

Die Dimensionen verdeutlichen die Bedeutung des Vorhabens: Die streng geschützte Fläche entspricht mehr als dem Anderthalbfachen der Grösse Frankreichs. Weltweit gibt es bislang nur wenige vergleichbare Schutzgebiete dieser Grössenordnung.

Für Paris besitzt die Massnahme auch strategische Bedeutung. Die französischen Überseegebiete verleihen dem Land eine aussergewöhnliche maritime Präsenz in allen Weltmeeren. Gerade im Pazifik gewinnt die Kontrolle und nachhaltige Bewirtschaftung mariner Ressourcen angesichts wachsender geopolitischer Rivalitäten zunehmend an Bedeutung.



Mehr Schutz in französischen Gewässern

Neben den Massnahmen in Polynesien kündigte die Regierung eine umfassende Ausweitung des Meeresschutzes im gesamten französischen Hoheitsgebiet an. Bis Ende 2026 sollen 78 Prozent der französischen Meeresflächen unter irgendeiner Form von Schutz stehen. Der Anteil der besonders streng geschützten Gebiete soll von derzeit 4,8 Prozent auf 14,8 Prozent steigen.

Auch in den europäischen Gewässern Frankreichs wird sich die Situation deutlich verändern. Dort soll der Anteil streng geschützter Flächen von lediglich 0,1 Prozent auf vier Prozent anwachsen. Damit reagiert die Regierung auf die Kritik zahlreicher Wissenschaftler und Umweltorganisationen, die seit Jahren bemängeln, dass viele bestehende Schutzgebiete nur auf dem Papier existierten.

Tatsächlich erlaubten zahlreiche französische Meeresschutzgebiete bislang weiterhin intensive wirtschaftliche Aktivitäten. Dadurch entstand international der Eindruck, dass der Schutzstatus oftmals nicht mit wirksamen Einschränkungen verbunden sei.

Die neuen Regelungen sollen diesem Vorwurf begegnen. Insbesondere die Schleppnetzfisherei am Meeresboden gerät stärker ins Visier der Behörden. Diese Fangmethode gilt als besonders problematisch, da sie Korallenriffe, Schwammgemeinschaften und Seegraswiesen nachhaltig schädigen kann. Solche Lebensräume gehören zu den artenreichsten Ökosystemen der Ozeane und spielen zugleich eine wichtige Rolle bei der Bindung von Kohlenstoff.

Kampf gegen die Plastikflut

Ein zweiter Schwerpunkt der französischen Initiative betrifft die Bekämpfung der Plastikverschmutzung. Die Ozeane enthalten heute Schätzungen zufolge Millionen Tonnen Kunststoffabfälle. Besonders betroffen ist das Mittelmeer, das aufgrund seines begrenzten Wasseraustauschs als eines der am stärksten belasteten Meere der Welt gilt.

Im Rahmen der Barcelona-Konvention haben sich die Mittelmeeranrainerstaaten darauf verständigt, ihre Bemühungen zur Verringerung von Kunststoffeinträgen zu intensivieren. Frankreich will dabei eine koordinierende Rolle übernehmen.

Im Mittelpunkt steht die Förderung von Kreislaufwirtschaftsmodellen. Die von Paris



unterstützte Initiative „Circe.Med“ vereint mehr als 200 Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Ziel ist es, die Entstehung von Kunststoffabfällen bereits an der Quelle zu reduzieren, Recyclingstrukturen auszubauen und den Eintrag von Abfällen über Flüsse in die Meere zu verhindern.

Dieser Ansatz folgt einer Erkenntnis, die sich in den vergangenen Jahren zunehmend durchgesetzt hat: Die Reinigung verschmutzter Meere ist technisch aufwendig und teuer. Nachhaltiger ist es, den Eintrag von Plastik von vornherein zu verhindern.

Internationale Signalwirkung

Die französischen Ankündigungen stehen in engem Zusammenhang mit den globalen Biodiversitätszielen der Vereinten Nationen. Im Mittelpunkt steht das sogenannte „30×30“-Ziel. Bis zum Jahr 2030 sollen weltweit mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresflächen unter Schutz gestellt werden.

Bislang liegt der Anteil geschützter Ozeanflächen deutlich darunter. Die in Nizza vorgestellten Zusagen verschiedener Staaten könnten den globalen Schutzanteil jedoch spürbar erhöhen. Frankreich versucht dabei, als Vorreiter aufzutreten und andere Länder zu vergleichbaren Massnahmen zu bewegen.

Die Strategie folgt einem Muster, das bereits in der internationalen Klimapolitik zu beobachten war: Einzelne Staaten setzen ambitionierte Standards und hoffen, dadurch eine Dynamik auszulösen, die weitere Regierungen zum Handeln bewegt.

Ob dieser Ansatz Erfolg haben wird, bleibt offen. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer verweisen auf fehlende finanzielle Mittel sowie auf die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei für ihre Bevölkerung. Entsprechend schwierig gestalten sich internationale Verhandlungen über verbindliche Schutzvorgaben.

Die eigentliche Bewährungsprobe beginnt ohnehin erst nach den politischen Ankündigungen. Meeresschutzgebiete entfalten ihre Wirkung nur dann, wenn sie wirksam überwacht und kontrolliert werden. Gerade in entlegenen Regionen des Pazifiks stellt dies erhebliche logistische Herausforderungen dar. Satellitenüberwachung, internationale Zusammenarbeit und ausreichende finanzielle Ressourcen werden entscheidend sein, um illegale Fischerei und andere Verstösse zu verhindern.



Frankreich setzt auf Meeresschutz: Die grösste Marine-Schutzzone der Welt entsteht im Pazifik

Dennoch markiert die UN-Ozeankonferenz von Nizza einen wichtigen Wendepunkt. Frankreich signalisiert, dass der Schutz der Meere nicht länger als Randthema der Umweltpolitik betrachtet werden soll, sondern als zentrale Aufgabe internationaler Governance. Angesichts der wachsenden Belastungen für marine Ökosysteme könnte sich zeigen, dass die Zukunft des globalen Umweltschutzes nicht nur an Land, sondern vor allem auf den Weltmeeren entschieden wird.

Andreas M. Brucker